

24.04.2020 – 06:32 Uhr

Corona und die Folgen: Comparis-Experten zu Gesundheitssystem, Konjunktur und Tracing-App



Sie erhalten anbei die Einschätzungen und Meinungen der Comparis-Experten zur Corona-Situation. Die nachfolgenden Informationen stehen Ihnen zur Nutzung in Ihrer Berichterstattung zur Verfügung.

Die Themen dieser Woche:

- Gesundheitspolitiker mit dem Kostenröhrenblick im Gegenwind
- US-Konsumenten schultern die Weltkonjunktur
- Die Tracing-App kommt - und es ist eine gute Lösung für die Schweiz
- Corona und Ölpreis-Zerfall: Profitieren die Automobilisten in der Schweiz?

Gerne können Sie auch wie gewohnt direkt auf uns zukommen, wenn Sie spezifische Fragen an unsere Experten und Expertinnen haben. Im Anhang finden Sie Fotos der Experten, die Sie kostenfrei nutzen können.

Freundliche Grüsse

Michael Kuhn

Mediensprecher Comparis

Telefon: 044 360 53 91

E-Mail: media@comparis.ch

www.comparis.ch

Corona: Gesundheitspolitiker mit dem Kostenröhrenblick im Gegenwind

Kurzfristig wird die Corona-Krise nicht zu höheren Krankenkassenprämien führen. Nach der Krise wird mehr Versorgungssicherheit den Kostenanstieg stimulieren. Und da wir nach der Krise auch in der reichen Schweiz alle ärmer, aber nicht gesünder sein werden, wird der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandprodukt von jetzt rund 12 Prozent sprunghaft ansteigen.

Im Moment sind die Spitäler und die Praxen der Ärzte und Therapeuten aus vier Gründen fast leer:

1. Weil der Bundesrat nicht dringende Untersuchungen und Eingriffe bis am 27.4. verbietet;
2. weil die Patienten Angst haben, in medizinischen Einrichtungen mit dem Coronavirus angesteckt zu werden;
3. weil es seit dem Lockdown weniger Berufs-, Verkehrs- und Sportunfälle gibt. Positiv ist, dass die Intensivstationen für

Corona-Patienten auch nicht ausgelastet sind.

- Die Corona-Patienten verursachen zwar Zusatzkosten, der grosse Anteil aber sind Kosten für den Aufbau der zusätzlichen Kapazitäten. Diese Vorhalteleistungen werden weder in den ambulanten noch in den stationären Tarifen abgebildet und müssen wohl von den Kantonen finanziert werden, da fast nur öffentliche Spitäler Corona-Patienten behandeln. Und von dem, was die Spitäler für die Behandlung der Corona-Patienten abrechnen, bezahlen die Kantone 55 und die Krankenkassen 45 Prozent.

Der Bundesrat hat aus Vorsicht etwas übers Ziel hinausgeschossen und ein grosses Feldexperiment in Sachen medizinische Über- bzw. Unterversorgung geschaffen, das nun vom Obsan ausgewertet werden sollte. Ich sehe zwei Effekte:

- A. Das Verbot für nicht dringliche Untersuchungen und Operationen und die Ansteckungsangst der Menschen führt in der zweiten Hälfte zu einem Nachholbedarf und Kostenschub, weil die verschleppten Diagnosen und Behandlungen nun nachgeholt werden und viel teurer sein werden, als wenn die Menschen rechtzeitig zum Arzt oder ins Spital gegangen wären.
- B. Das Verbot zeigt, wie viel unnötige Medizin vor dem Verbot konsumiert wurde. Und die Menschen machen in der Corona-Krise gute Erfahrungen, wenn sie nicht mit jedem Bobo zum Arzt oder in den Spitalnotfall rennen.

Wenn der Effekt B stärker ist als A, werden die Kosten im laufenden Jahr weniger stark steigen als im Vorjahr und die Krankenkassenprämien steigen 2020/2021 nach 2019/2020 zum zweiten Mal seit der Einführung des KVG 1996 praktisch nicht. Falls es entgegen meiner Prognose im laufenden Jahr trotzdem zu einer grösseren Kostensteigerung kommen sollte als im Vorjahr, weil in der zweiten Welle sehr viele Corona-Patienten die Kapazitäten an den Anschlag bringen könnten, haben die Krankenkassen über 8 Milliarden Franken Reserven, um diesen einmaligen Kostenschub zu decken. Damit solche Einmaleffekte nicht voll auf die Prämien durchschlagen, sind Reserven ja da. Wenn der oben beschriebene Effekt B stärker ist als A könnten die Kosten trotz Corona insgesamt sogar sinken.

Zur Zeit streiten sich Bund, Kantone und Kassen über die Kosten der Vorhalteleistungen für Corona-Patienten. Dass die Kassen nur für erbrachte medizinische Leistungen bezahlen ist klar. Wenn der Staat die Erhöhung der Kapazitäten anordnet, muss er die Kosten auch tragen. Bund und Kantone sollten sich also rasch und gutschweizerisch über den Kostenteiler einigen.

Wir wissen immer noch relativ wenig darüber, wie sich das Coronavirus (SARS-Cov-2) verbreitet. Die Infektionen werden leider schweizweit immer noch nicht stetig und einheitlich an Test-Stichproben gemessen. Deshalb wissen wir immer noch nicht, wie viele Menschen in der Schweiz das Coronavirus haben oder schon hatten. Wir wissen auch nicht, wie viele Menschen schon Antikörper haben und immun sind bzw. wie lange die Immunität hält.

Angesichts der dünnen Datenlage und der dramatischen Situation in Norditalien musste man sogar befürchten, dass eine Verdopplung der Kapazitäten für Corona-Patienten vielleicht nicht genügen könnte. Dass die Kapazitäten bis jetzt noch nicht ausgelastet sind, ist also positiv zu bewerten.

Dass wir - ich ebenfalls - trotz Epidemiegesezt, trotz Pandemieplan und trotz Bericht Zeltner so schlecht auf eine Pandemie wie COVID-19 vorbereitet sind, ist eigentlich ein happiges Staatsversagen. Jetzt müssen wir aber zuerst einmal die Krise mit vereinten Kräften überstehen. Die Lehren müssen wir ziehen, wenn die Krise vorbei ist. Das Konkordanzsystem wird auch nach dieser Krise selbst bei schwerwiegenden Versäumnissen nicht dazu führen, dass der Gesundheitsminister den Hut nehmen wird. Und Bauernopfer wird es hoffentlich keine geben. Wir werden uns vielmehr auf die Schultern klopfen und sagen, dass wir die Krise mit weniger Schaden als andere Länder überstanden haben. Den Gesundheitspolitikern mit dem Kostenröhrenblick wird ein steifer Gegenwind entgegen blasen. Weil die Kantone die Behandlung der Corona-Patienten primär öffentlichen Spitälern übertragen haben, wird die Linke die Jagd auf die Privatspitäler wohl in der Westschweiz eröffnen.

Ich hoffe, dass nach der Corona-Krise nicht Ideologien die Gesundheitspolitik noch stärker prägen werden, sondern weiterhin der typisch schweizerische Pragmatismus auf der KVG-Basis mit Eigenverantwortung und Solidarität sowie staatlichen und privaten Gesundheitsinstitutionen im Gleichgewicht. Wer glaubt, sich mit mehr Staat für die nächste Krise rüsten zu müssen, irrt sich ebenso wie jene, die auf mehr Markt setzen. Die nächste Krise wird fast sicher eine andere sein. Deshalb muss Agilität die Kernkompetenz der Krisenstäbe sein, damit man rasch lernt und Fehler rasch korrigiert.

Und immer wenn die Versorgungssicherheit gefährdet ist, blüht das Geschäft der Protektionisten. Die Land- und Stromwirtschaft macht es vor. Auch die Gesundheitswirtschaft wird die Rechnung für mehr Produktion im Inland präsentieren. Aber machen wir uns in der globalisierten Welt nichts vor. Wir hatten am Anfang der Corona-Krise zu wenig Testkapazitäten, weil ein Teil des Testmaterials ausgerechnet aus Norditalien hätte geliefert werden sollen und nicht etwa aus China oder Indien wie viele Wirkstoffe in unseren Medikamenten. Und da wir die nächste Krise nicht genau vorhersagen können, wissen wir auch noch nicht, welche Vorräte wir jetzt anlegen müssen. Und Vorräte für alle Eventualitäten kann sich auch die reiche Schweiz nicht leisten, erst recht nicht, wenn sie nach der Corona-Krise etwas ärmer sein wird.

Felix Schneuwly, Comparis-Gesundheitsexperte

US-Konsumenten schultern die Weltkonjunktur

Die USA sind das neue Epizentrum der Corona-Pandemie. Knapp 800'000 Menschen haben sich mit Covid-19 infiziert, wobei die Dunkelziffer weitaus höher ist. Fast 50'000 Menschen sind daran verstorben (Stand 23. April 2020) - so viele wie in keinem anderen Land der Welt. Die menschliche Tragödie wird von einem ökonomischen Desaster begleitet. Mehr als 26 Millionen Menschen in den USA haben sich schon arbeitslos gemeldet. Das sind rund 14 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Im Vergleich dazu manövriert die Schweizer Regierung das Land einigermaßen gut durch die wirtschaftliche Krise - dank milliardenschweren Hilfskrediten, Taggeldern für Selbstständigerwerbende und Kurzarbeit. Die Wirtschaft muss hierzulande aber

bald wieder an Fahrt aufnehmen, sonst werden unzählige Kurzarbeiterinnen und -arbeiter arbeitslos.

Die Schweizer Unternehmen schaffen das aber nicht aus eigener Kraft. Der hiesige Binnenmarkt ist dafür viel zu klein. Unser kleines Land im Herzen Europas ist auf die anderen angewiesen, damit der Wirtschaftsmotor auf Touren kommt. Die Europäische Union, allen voran Deutschland, ist der wichtigste Absatzmarkt für die Schweiz, gefolgt von den USA. Die Vereinigten Staaten spielen aber nicht nur für die Schweizer Wirtschaft eine zentrale Rolle, sondern für die gesamte Weltkonjunktur. Die amerikanische Wirtschaft, die mit Abstand grösste der Welt, ist vor allem eine gigantische Konsummaschine. Ein Volk von 330 Millionen Menschen, das sind etwa 4.3 Prozent der Weltbevölkerung, konsumiert jährlich Güter und Dienstleistungen im Wert von 14 Billionen Dollar. Das sind 17 Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts.

Diese Zahlen zeigen es deutlich auf: Reduzieren die Amerikaner ihren Konsum, gehen auch die Umsätze Schweizer Unternehmen zurück. Von einem ökonomischen Standpunkt aus betrachtet, ist somit zu hoffen, dass die US-Regierung die Corona-Pandemie bald in den Griff kriegt, die Wirtschaft sukzessive hochfährt und die Amerikaner wieder shoppen gehen.

Frédéric Papp, Comparis-Finanzexperte

Die Tracing-App kommt - und es ist eine gute Lösung für die Schweiz

Seit Kurzem ist klar, dass das BAG für die Schweiz bei der Entwicklung einer Tracing-App auf eine dezentrale Lösung setzt. Schon am 11. Mai soll die App einsatzbereit sein. Die Entwicklung haben massgeblich Forscher der Eidgenössischen Technischen Hochschulen Lausanne (EPFL) und Zürich (ETH) vorangetrieben. Im Zentrum steht, dass die Personen, welche der Smartphone-Besitzer trifft, gespeichert werden, damit im Fall einer Infektion und positiven Tests auf das Coronavirus Personen gewarnt werden können, die mit der infizierten Person in Kontakt waren. Die Daten werden dabei anonymisiert und dezentral auf dem Smartphone abgelegt. Das ist aus Datenschutz-Sicht die beste Lösung für die Nutzer. Auch die Entwicklung von Apple und Google basiert auf dem dezentralen Ansatz. Wenn in deren Betriebssysteme vermutlich ab Juni das Tracking integriert wird, ist die Nutzung der App noch komfortabler.

Wie viele Menschen sich entscheiden werden, die App zu nutzen, ist schwer vorherzusagen. Wir haben in der Schweiz aber in jedem Fall beste Voraussetzungen. Zum einen haben über 90 Prozent der Menschen ein Smartphone und haben die nötige Bluetooth-Funktion zur Nutzung von Smartwatches oder Kopfhörern ohnehin aktiviert. Zum anderen glaube und hoffe ich, dass die Menschen den persönlichen Nutzen erkennen und schätzen, der in einer solchen App liegt. Ob die Tracing-App die Verbreitung von 60 oder 70 Prozent erreicht, um maximale Wirkung zu entfalten, halte ich nicht für entscheidend. Auch bei einer geringeren Zahl an Teilnehmern kann die Zahl der Ansteckungen verringert werden. Die Aussage, dass die App ohnehin nichts nütze, weil sich nicht genug Leute für die Nutzung entscheiden, finde ich falsch. Ich bin überzeugt, dass die App ein wichtiges Puzzleteil ist, um das Coronavirus einzudämmen.

Jean-Claude Frick, Comparis-Digitalexperte

Die Frage der Woche: Werden Benzin und Diesel günstiger?

Der Ölpreis ist auf Rekordtief: Wird Tanken an der Zapfsäule nun billiger? Antwort von Comparis-Mobilitätsexpertin Andrea Auer: Die Corona-Pandemie stürzt die Weltkonjunktur in eine Rezession. Flugzeuge bleiben am Boden, Autos in den Garagen und die Industrieunternehmen reduzieren Produktionskapazitäten. Das alles führt zu einer geringeren Nachfrage nach fossilen Brennstoffen. Schätzungen zufolge wird zurzeit 20 bis 30 Prozent weniger Öl verbraucht als vor der Corona-Krise.

Der deutliche Nachfragerückgang nach dem schwarzen Gold ist mitverantwortlich dafür, dass der Preis für Erdöl vor Kurzem zum ersten Mal in seiner Geschichte ins Negative gestürzt ist. Heisst das nun, dass Autofahrer bald deutlich weniger fürs Tanken bezahlen müssen?

Dauert die Rezession noch länger an und übertrifft das Angebot an Erdöl weiterhin die Nachfrage, dann darf tatsächlich mit tieferen Spritpreisen an den Zapfsäulen gerechnet werden. Das Sparpotenzial ist allerdings begrenzt. Grund dafür ist die Zusammensetzung der Treibstoffpreise. Diese werden nicht nur von den Erdölnotierungen an den Rohstoff-Börsen alleine bestimmt - mehr als die Hälfte des Preises sind staatliche Abgaben: Mineralölsteuer, Mineralölsteuerzuschlag und Importsteuer summieren sich auf rund 73 Rappen beim Benzinpreis beziehungsweise auf rund 76 Rappen beim Dieselpreis. Hinzu kommen Kosten für den inländischen Vertrieb wie etwa die Lagerung, den Transport, das Marketing oder für den Betrieb der Tankstellen. Deshalb - und aufgrund weiterer Einflussfaktoren - ist davon auszugehen, dass die Ersparnis an der Zapfsäule vergleichsweise gering ausfallen wird.

Andrea Auer, Comparis-Mobilitätsexpertin

Über comparis.ch

Mit über 100 Millionen Besuchen im Jahr zählt comparis.ch zu den meistgenutzten Schweizer Websites. Das Unternehmen vergleicht

Tarife und Leistungen von Krankenkassen, Versicherungen, Banken sowie Telecom-Anbietern und bietet das grösste Schweizer OnlineAngebot für Autos und Immobilien. Dank umfassender Vergleiche und Bewertungen bringt das Unternehmen Transparenz in den Markt.

Dadurch stärkt comparis.ch die Entscheidungskompetenz der Konsumenten. Gegründet 1996 vom Ökonomen Richard Eisler beschäftigt das Unternehmen heute rund 180 Mitarbeiter in Zürich.

Medieninhalte



Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003671/100846636> abgerufen werden.